

## Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Einführung . . . . .	1
A. Ausgangssituation . . . . .	1
B. Themeneingrenzung und Stand der Forschung . . . . .	4
C. Gang der Untersuchung . . . . .	6
1. Kapitel: Die historische Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union . . . . .	8
A. Der Wert der Rechtsgeschichte in der europäischen Integration . . . . .	8
B. Zwischenkriegsjahre und Zweiter Weltkrieg . . . . .	10
C. Nachkriegszeit bis Ende der 1960er-Jahre . . . . .	13
D. Genese einer „gemeinsamen“ Außenpolitik durch die Europäische Politische Zusammenarbeit . . . . .	28
E. Etablierung und Evolution der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik von Maastricht bis Lissabon . . . . .	39
F. Resümee . . . . .	45
2. Kapitel: Vertragliche Ausgestaltung der GASP im Unionsrecht . . . . .	48
A. Auslegungsmethoden des primären Unionsrechts . . . . .	48
B. Lokalisierung der GASP in den Regeln zum auswärtigen Handeln der Union . . . . .	52
C. Maßgebliche Akteure und Beschlussverfahren in der GASP . . . . .	87
D. Handlungsinstrumentarium der GASP . . . . .	128
E. Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der GASP . . . . .	139

3. Kapitel: Souveränität und Außenpolitik . . . . .	149
A. Begriffliche Gegenüberstellung als methodische Entscheidung . . . . .	151
B. Grundstrukturen der Souveränität . . . . .	153
C. Souveränitätskonzeption des Bundesverfassungsgerichts im europäischen Integrationsprozess . . . . .	220
D. Rechtsprechung mitgliedstaatlicher Verfassungsgerichte im Überblick . .	251
4. Kapitel: Reformierbarkeit der GASP . . . . .	266
A. Vorbemerkung zum Prüfungsmaßstab . . . . .	268
B. Staats- und verfassungsrechtliche Bewertung einzelner Reformvorschläge . . . . .	271
C. Rechts- und integrationspolitische Bewertung . . . . .	365
D. Resümee . . . . .	375
Schlussbemerkung und Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen . . . . .	378
Summary . . . . .	384
Literaturverzeichnis . . . . .	391
Register . . . . .	427

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Einführung . . . . .	1
A. Ausgangssituation . . . . .	1
B. Themeneingrenzung und Stand der Forschung . . . . .	4
C. Gang der Untersuchung . . . . .	6
1. Kapitel: Die historische Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union . . . . .	8
A. Der Wert der Rechtsgeschichte in der europäischen Integration . . . . .	8
B. Zwischenkriegsjahre und Zweiter Weltkrieg . . . . .	10
I. Die Jahre 1919 bis 1939 als Phase souveränitätswahrender Bündnispläne . . . . .	10
II. Das Bundesstaatsprinzip als Friedensgarant in der Zeit des Zweiten Weltkrieges . . . . .	11
C. Nachkriegszeit bis Ende der 1960er-Jahre . . . . .	13
I. Methodische Vielfalt zur politischen Einigung . . . . .	14
1. Föderale Theorie . . . . .	14
2. Intergouvernementale Theorie . . . . .	15
3. Neofunktionalistische Theorie . . . . .	16
II. Europäische Integrationsbemühungen zu Beginn der 1950er-Jahre . . . . .	17
1. Europäische Verteidigungsgemeinschaft . . . . .	18
2. Europäische Politische Gemeinschaft . . . . .	20
3. Das Scheitern von EVG und EPG . . . . .	21
III. Politische Integrationsversuche zur Zeit der Präsidentschaft <i>de Gaulles</i> . . . . .	21
1. Intergouvernementale Pläne auf der Grundlage des gaullistischen Nationsverständnisses . . . . .	22
2. Fouchet I und Fouchet II . . . . .	24

3. Begründung einer nationalen Sperrmöglichkeit durch den Luxemburger „Kompromiss“ . . . . .	26
IV. Ergebnis . . . . .	27
D. Genese einer „gemeinsamen“ Außenpolitik durch die Europäische Politische Zusammenarbeit . . . . .	28
I. Organisatorische Angebote der Außenminister-Berichte . . . . .	29
1. Außenpolitische Zusammenarbeit auf der Grundlage des Freiwilligkeitsprinzips . . . . .	29
2. Auswege aus dem Stillstand der außenpolitischen Zusammenarbeit . . . . .	31
II. Die Einheitliche Europäische Akte . . . . .	33
1. Inhaltliche und institutionelle Änderungen . . . . .	33
2. Rechtlicher Charakter . . . . .	35
a) Völkerrechtssubjektivität der EPZ . . . . .	35
b) Verhältnis von EG und EPZ . . . . .	37
3. Verzögerung des Ratifikationsprozesses . . . . .	38
III. Ergebnis zur EPZ: Außenpolitisches Triptychon . . . . .	38
E. Etablierung und Evolution der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik von Maastricht bis Lissabon . . . . .	39
I. Die historischen Rahmenbedingungen der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza . . . . .	40
II. Die fehlgeschlagene Konstitutionalisierung als Grundlage des Lissabonner „Reformvertrags“ . . . . .	43
F. Resümee . . . . .	45
 2. Kapitel: Vertragliche Ausgestaltung der GASP im Unionsrecht . . .	48
 A. Auslegungsmethoden des primären Unionsrechts . . . . .	48
B. Lokalisierung der GASP in den Regeln zum auswärtigen Handeln der Union . . . . .	52
I. Systematisierung der Begriffe . . . . .	52
1. Gesetzlicher Terminus: „Auswärtiges Handeln“ . . . . .	52
2. EU-Außenpolitik . . . . .	53
3. Auswärtige Gewalt . . . . .	54
II. Kompetenzgefüge zwischen Union und Mitgliedstaaten . . . . .	55
1. Die Grundvoraussetzung des unionalen Handelns: die Völkerrechtssubjektivität . . . . .	55
2. Vertikale Kompetenzordnung des auswärtigen Handelns . . . . .	56
a) Kompetenzzuordnung im Bereich der Außenbeziehungen . . .	57
b) „Kompetenz“-Regelungen bezüglich der GASP? . . . . .	58
aa) Regelungscharakter des Art. 2 Abs. 4 AEUV . . . . .	59

(1) Grammatikalische Auslegung . . . . .	59
(2) Systematische Auslegung . . . . .	59
(3) Teleologische Auslegung . . . . .	60
(4) Historische Auslegung . . . . .	61
(5) Zwischenergebnis: „Komplettierende“ Zuständigkeit . .	62
bb) Bedeutung der Einordnung als „komplettierende“ Zuständigkeit für die vertikale Kompetenzverteilung in der GASP . . . . .	64
c) Ergebnis . . . . .	65
III. Unionsrechtliche Folgen der Polarität des auswärtigen Handelns . . .	65
1. Bereichsspezifische Trennung des auswärtigen Handelns im Lichte des Art. 40 EUV . . . . .	66
a) Materielle Unterschiede zwischen GASP und Unionspolitiken des AEUV . . . . .	67
b) Ergebnis . . . . .	69
2. Wirkungsunterschiede des Rechts von GASP und Unionspolitiken . . . . .	70
a) Gegensätzlichkeit von Supranationalität und Intergouvernementalität . . . . .	70
b) Wirkungen normativer Supranationalität . . . . .	72
aa) Unmittelbare Wirkung . . . . .	72
bb) Anwendungsvorrang des Unionsrechts . . . . .	73
cc) Verhältnis von unmittelbarer Wirkung und Anwendungsvorrang . . . . .	74
dd) Souveränitätsbelastung durch supranationale Wirkungsmodi . . . . .	75
c) Geltung des normativen Supranationalismus im Bereich der Außenbeziehungen . . . . .	76
d) Geltung des normativen Supranationalismus im Bereich der GASP . . . . .	77
aa) Hoheitsrechtsübertragungen . . . . .	77
bb) Einheitlichkeit der Unionsrechtsordnung . . . . .	79
(1) Einheitliche Terminologie der Handlungsformen . . . .	79
(2) Fehlen unmittelbarer Anwendbarkeit in der GASP . . .	80
(3) Unbedingtheit von unmittelbarer Wirkung und (Anwendungs-)Vorrang? . . . . .	82
(4) Zwischenergebnis . . . . .	84
cc) Ausschluss der Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	84
dd) Ergebnis: Normativer Intergouvernementalismus . . . . .	86
3. Divergenz nationaler Einflussmöglichkeiten als Folge der Polarität des auswärtigen Handelns der Union . . . . .	86

C. Maßgebliche Akteure und Beschlussverfahren in der GASP . . . . .	87
I. Institutioneller Rahmen . . . . .	88
1. Europäischer Rat . . . . .	89
a) Konsultations- und Lenkungenfunktionen des Europäischen Rates . . . . .	89
b) Kontinuität und außenpolitische Sichtbarkeit durch den Präsidenten des Europäischen Rates . . . . .	91
2. Rat . . . . .	92
a) Entscheidungs- und Koordinierungsfunktion des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ . . . . .	93
b) Beibehaltung mitgliedstaatlicher Dominanz auf administrativer Ebene . . . . .	94
3. Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	96
a) Der Hohe Vertreter als „Gravitationszentrum“ der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik? . . . . .	97
b) Institutionelle Stärkung des Hohen Vertreters durch den Europäischen Auswärtigen Dienst . . . . .	100
c) Zwischenergebnis: Dependenz und Potential . . . . .	102
4. Primärrechtliche Außenseiter im institutionellen Gefüge der GASP . . . . .	104
a) Kommission . . . . .	104
aa) Grundlegende Aufgabenzuweisung an die Kommission . . . . .	104
bb) Besonderheiten der Kommissionsstellung in der GASP . . . . .	106
cc) Die Kommission zwischen primärrechtlicher Marginalisierung und faktischem Bedeutungsgewinn in der GASP . . . . .	107
b) Europäisches Parlament . . . . .	108
aa) Grundsatz: Gesetzgebungs- und Kontrollaufgaben des Europäischen Parlaments . . . . .	109
bb) Ausnahme: Eingeschränkte, mittelbare Einfluss- möglichkeiten in der GASP . . . . .	110
cc) Hintergrund: Die GASP-spezifische Rolle des Europäischen Parlaments im Lichte nationalstaatlicher Konzeptionen der auswärtigen Gewalt . . . . .	111
c) Gerichtshof der Europäischen Union . . . . .	114
aa) Grundsätzlich weitreichender gerichtlicher Zugriff . . . . .	114
bb) Punktuelle Justiziabilität der GASP . . . . .	115
cc) Gerichtliche Kontrolle zwischen politischem Ermessen und richterlicher Selbstbeschränkung . . . . .	116
5. Ergebnis . . . . .	118
II. Beschlussverfahren der GASP-Hauptorgane . . . . .	119

1. Beschlussregelungen als rechtliche Übersetzung politischer Macht . . . . .	120
2. Ausgestaltung in der GASP . . . . .	121
a) Abgestufter Grundsatz: Einstimmigkeit . . . . .	122
b) Rückgebundene Ausnahmen vom Grundsatz: Qualifizierte Mehrheit . . . . .	123
3. Bewertung: Möglichkeit der verfahrenstechnischen „Geiselnahme“? . . . . .	125
III. Ergebnis . . . . .	126
D. Handlungsinstrumentarium der GASP . . . . .	128
I. Allgemeine Handlungsformen . . . . .	128
1. Allgemeine Leitlinien . . . . .	129
2. Aktionen, Standpunkte und Durchführungsbeschlüsse . . . . .	129
II. Spezielle Handlungsformen . . . . .	131
1. Diplomatische Mittel . . . . .	131
2. Restriktive Maßnahmen . . . . .	132
a) Voraussetzungen und Anwendungsbereich . . . . .	133
b) Rechtsschutz . . . . .	135
c) Sanktionspraxis der Union . . . . .	137
III. Ergebnis . . . . .	138
E. Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der GASP . . . . .	139
I. Exekutive . . . . .	140
II. Legislative . . . . .	140
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben und ihre Umsetzung . . . . .	141
2. Mitwirkungsrechte des Bundestages . . . . .	142
a) Unterrichtsrecht, § 7 EUZBBG . . . . .	142
b) Stellungnahmerecht, § 8 EUZBBG . . . . .	143
c) Konstitutive Beteiligung bei besonderen Brückenklauseln, § 5 Abs. 1 IntVG . . . . .	144
d) Außerrechtliche Beteiligung: Interparlamentarische Konferenz . . . . .	145
3. Reduzierte Mitwirkung des Bundesrates . . . . .	145
III. Judikative . . . . .	146
IV. Ergebnis zur Einbindung der nationalstaatlichen Gewalten . . . . .	147
 3. Kapitel: Souveränität und Außenpolitik . . . . .	 149
A. Begriffliche Gegenüberstellung als methodische Entscheidung . . . . .	151
B. Grundstrukturen der Souveränität . . . . .	153
I. Politischer Souveränitätsbegriff . . . . .	153
1. Politische Funktion bei <i>Bodin</i> und <i>Hobbes</i> . . . . .	153

2. Inhalt und Bedeutungsgehalt des politischen Souveränitätsbegriffs . . . . .	155
a) Katalog souveränitätsimmanenter Kompetenzen:	
Sonderstatus der Außenpolitik . . . . .	156
b) Kritik am materiellen Souveränitätsbegriff . . . . .	159
aa) Wandelbarkeit . . . . .	160
bb) Realpolitische Abhängigkeit . . . . .	161
cc) Fazit: Schwächen induktiver Begriffsbestimmung . . . . .	162
c) Aussagegehalt des politischen Souveränitätsbegriffs . . . . .	163
aa) Politischer Souveränitätsbegriff im weiteren Sinne . . . . .	163
bb) Politischer Souveränitätsbegriff im engeren Sinne . . . . .	164
3. Bedeutung des politischen Souveränitätsbegriffs für die juristische Begriffsbildung . . . . .	166
a) Symbiotische Beziehung von Politik und Recht . . . . .	166
aa) Staatsrecht und Politik . . . . .	167
bb) Völkerrecht und Politik . . . . .	169
cc) Europarecht und Politik . . . . .	172
b) Interne Dimension: Einfluss politischer Erwägungen auf den rechtlichen Souveränitätsbegriff . . . . .	176
aa) Das „Ob“ der Berücksichtigung historisch-politischer Faktoren . . . . .	178
bb) Das „Wie“ der Berücksichtigung historisch-politischer Faktoren . . . . .	179
cc) Haltbarkeit des methodischen Ansatzes . . . . .	180
c) Externe Dimension: Verhältnis von politischem und rechtlichem Souveränitätsbegriff . . . . .	183
4. Zusammenfassung . . . . .	184
II. Rechtlicher Souveränitätsbegriff . . . . .	185
1. Bedeutung der Begriffsdimensionen . . . . .	185
a) Innere Souveränität . . . . .	185
b) Äußere Souveränität . . . . .	187
aa) Verhältnis und Bedeutung von Gleichrangigkeit, Unabhängigkeit und Völkerrechtsunmittelbarkeit . . . . .	188
bb) Besonderheit: Synonymität von äußerer Souveränität und Außenpolitik . . . . .	190
2. Herausforderungen an die Souveränität durch die europäische Integration . . . . .	192
a) Rechtstechnik der Integration . . . . .	193
aa) Beschränkungsmethode . . . . .	193
bb) Übertragungsmethode . . . . .	195
(1) Zivilrechtliches Verständnis . . . . .	196
(2) Genuin öffentlich-rechtliches Verständnis . . . . .	196



cc) Ergebnis . . . . .	198
b) Auswirkungen der Rechtstechnik auf die Souveränität . . . . .	199
aa) Innere Souveränität: Aufgabe der Einzigkeit . . . . .	199
bb) Äußere Souveränität: Dependenz und partielle Völkerrechtsunmittelbarkeit? . . . . .	200
c) „Rechtfertigung“ des Ausübungsverzichts und der Auswirkungen auf die Merkmale der inneren und äußeren Souveränität . . . . .	203
aa) Die Figur des Grundrechtsverzichts in der Allgemeinen Grundrechtslehre . . . . .	204
bb) Übertragung der Figur des Grundrechtsverzichts auf die souveränitätsbeschränkende Integration . . . . .	206
cc) Einzelfallbetrachtung: Übertragbarkeit des Rechts zur Gestaltung von Außenpolitik oder „Hausgut“ souveräner Staatlichkeit? . . . . .	210
3. Ergebnis . . . . .	212
III. Resümee und Darlegung des favorisierten Begriffsverständnisses der Souveränität . . . . .	214
1. Souveränität im Lichte der Symbiose von Recht und Politik . . . . .	214
a) Reflexion der Methodik . . . . .	214
b) Ergebnis zum Souveränitätsbegriff . . . . .	215
2. Der Souveränitätsbegriff bei <i>Anne Peters</i> . . . . .	216
3. Außenpolitik und Souveränität: Vorgaben außenpolitischer Spezifika für die Bestimmung von bereichsspezifischen Integrationsgrenzen . . . . .	218
C. Souveränitätskonzeption des Bundesverfassungsgerichts im europäischen Integrationsprozess . . . . .	220
I. „Mit dem Vertrag von Lissabon wird [...] die staatliche Souveränität der Bundesrepublik Deutschland [nicht] aufgegeben.“ (BVerfGE 123, 267 [370]) – Souveränitätsspezifische Kernaussagen des Bundesverfassungsgerichts im Lissabon-Urteil . . . . .	221
1. Integrationsoffenheit statt Selbstherrlichkeit: Interpretation der Präambel des Grundgesetzes . . . . .	221
2. Funktion der Souveränität nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	222
a) Herleitung der integrationsrechtlichen Grenzen . . . . .	223
b) Bereichsspezifische Ausführungen . . . . .	226
3. Ergebnis . . . . .	228
II. Zwischen Integrationsskeptizismus und politischer Anmaßung: Die Kritik am Urteil des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	229
1. Schutz der Souveränität durch Art. 79 Abs. 3 GG? . . . . .	229
a) Auffassung der Kritiker . . . . .	229

aa) Verschiebung des Prüfungsprogramms . . . . .	230
bb) Normferne der Argumentation . . . . .	231
cc) Überdehnung des Schutzgehalts von Art. 79 Abs. 3 GG . .	232
b) Stellungnahme . . . . .	233
2. Notwendigkeit und Plausibilität der Herleitung demokratie- und souveränitätssensibler Bereiche? . . . . .	241
a) Auffassung der Kritiker . . . . .	241
aa) Anlasslosigkeit der Ausführungen . . . . .	241
bb) Unzulängliche Herleitung willkürlich ausgewählter Politikbereiche . . . . .	242
b) Stellungnahme . . . . .	243
III. Zusammenschau . . . . .	247
1. Begriff der Souveränität . . . . .	247
2. Außenpolitik in ihrer besonderen Beziehung zur Souveränität . .	249
D. Rechtsprechung mitgliedstaatlicher Verfassungsgerichte im Überblick . .	251
I. Frankreich . . . . .	252
II. Polen . . . . .	255
III. Lettland . . . . .	258
IV. Tschechien . . . . .	260
V. Fazit . . . . .	263
 4. Kapitel: Reformierbarkeit der GASP . . . . .	266
 A. Vorbemerkung zum Prüfungsmaßstab . . . . .	268
B. Staats- und verfassungsrechtliche Bewertung einzelner Reformvorschläge . . . . .	271
I. Reformdebatte: Änderung der GASP-Kompetenz . . . . .	271
1. Stand der Diskussion . . . . .	272
2. Souveränitätsspezifische Berührungspunkte . . . . .	273
a) Einführendes Beispiel: Die „Kleine Entente“ nach dem Genfer Vertrag vom 16. Februar 1933 . . . . .	273
b) Rückschlüsse für die gegenwärtige Diskussion . . . . .	276
3. Kompatibilität mit staatlicher Souveränität . . . . .	279
a) Staatlichkeitsaspekt . . . . .	279
aa) Bedingungen der Staatlichkeit: außenpolitische Handlungsfähigkeit als konstitutives Element? . . . . .	279
bb) Staatlichkeit im Staatenbund . . . . .	284
cc) Klassifizierung von Staatlichkeit im Bundesstaat . . . . .	285
(1) Der „geschlossene Bundesstaat“ am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika . . . . .	287

(2) Der „offene Bundesstaat“ am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	288
(3) Fazit . . . . .	290
dd) Schlussfolgerungen für die Europäische Union . . . . .	290
(1) Eignung staats- und völkerrechtlicher Begriffe und Erklärungsmuster zur Erfassung der Europäischen Union . . . . .	291
(2) Status quo: Staatlichkeit im Staatenverbund der Europäischen Union . . . . .	294
(3) Staatlichkeitsspezifische Grenzen im Integrationsprozess . . . . .	296
b) Souveränitätsaspekt . . . . .	298
aa) Auswirkungen der Deutungsalternativität von Art. 1 lit. d) der Montevideo-Konvention . . . . .	299
bb) Äußere Souveränität in Staatenverbindungen . . . . .	300
(1) Staatenbund . . . . .	300
(2) Bundesstaat . . . . .	304
(3) Staatenverbund . . . . .	306
cc) Folgerungen für die weitere außenpolitische Integration im Rahmen der Europäischen Union . . . . .	307
(1) Der Anwendungsbereich des teleologisch ermittelten Souveränitätsbegriffs im Staatenverbund . . . . .	308
(2) Souveränitätsspezifische Grenzen im Integrationsprozess . . . . .	309
c) Fazit . . . . .	311
4. Abschließende Stellungnahme: Umsetzbarkeit geforderter bzw. diskutierter Kompetenzreformen? . . . . .	311
II. Reformdebatte: Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen . . . . .	312
1. Stand der Diskussion . . . . .	312
2. Souveränitätsspezifische Berührungspunkte . . . . .	316
3. Staats- und verfassungsrechtliche Bewertung . . . . .	318
a) Einstieg: Unmöglichkeit eines rechtstechnischen Dilemmas . . . . .	318
b) Das Demokratieprinzip als pauschaler Legitimationsgrund mehrheitlicher Beschlussfassung in der Europäischen Union und in der GASP? . . . . .	319
aa) Das Mehrheitsprinzip in der nationalstaatlichen Demokratie . . . . .	319
(1) Gründe für das Mehrheitsprinzip . . . . .	320
(2) Voraussetzungen und Grenzen des Mehrheitsprinzips . . . . .	321
bb) Übertragbarkeit der Grundsätze des Mehrheitsprinzips auf die überstaatliche Ebene . . . . .	323

(1) Das Mehrheitsprinzip in Internationalen Organisationen . . . . .	323
(2) Das Mehrheitsprinzip in der Europäischen Union . . . . .	324
cc) Einzelfallbetrachtung: kein demokratieprinzipielles Gebot der generellen Anwendung von Mehrheitsentscheidungen in der GASP . . . . .	326
c) Spielraum für Mehrheitsentscheidungen in der GASP unter den Bedingungen der staatlichen Souveränität . . . . .	328
aa) Allgemeine Lösungsansätze . . . . .	328
bb) Notwendigkeit eines spezifisch außenpolitischen Ansatzes . . . . .	330
cc) Ausnahmeregelungen nach dem EUV . . . . .	331
(1) Veto . . . . .	331
(2) Konstruktive Enthaltung . . . . .	332
dd) Bisherige Reformvorschläge im Spannungsfeld zwischen staatlicher Souveränität und außenpolitischer Effektivität . . . . .	334
(1) Politische Vorschläge . . . . .	334
(2) Passerelle-Klausel . . . . .	335
(3) „Einstimmigkeit minus eins“ . . . . .	336
(4) Parlamentarische Beteiligung . . . . .	337
ee) Eigener Lösungsvorschlag . . . . .	339
(1) Ausgangspunkt: Schutzklauselmodell i. S. d. Art. 114 Abs. 4 AEUV . . . . .	340
(2) Vorschlag: Kombinationsmodell im Sinne einer „abgestuften Enthaltung“ . . . . .	342
ff) Fazit . . . . .	344
d) Verfahrensweise zur Umsetzung der Reformvorschläge . . . . .	345
4. Abschließende Stellungnahme: Erforderlichkeit der Evaluation von Risiken einer mehrheitlichen Beschlussfassung in der GASP . . . . .	346
III. Reformdebatte: Erweiterung der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	347
1. Stand der Diskussion . . . . .	348
2. Souveränitätsspezifische Berührungspunkte . . . . .	350
3. Staats- und verfassungsrechtliche Bewertung . . . . .	353
a) Allgemeine Lösungsansätze . . . . .	353
b) Entscheidungsphase . . . . .	354
aa) Abstimmungsverhalten . . . . .	354
bb) Vetorecht . . . . .	355
(1) Art. 347 AEUV: Ausdruck eines „Residuums“ mitgliedstaatlicher Souveränität? . . . . .	355

(2) Folgen für das Vetorecht des Art. 31 Abs. 2 UAbs. 2 EUV . . . . .	358
cc) Fazit . . . . .	360
c) Durchführungsphase . . . . .	360
aa) Umsetzungsverpflichtung . . . . .	360
bb) Einhaltung der Unionstreue . . . . .	362
cc) Fazit . . . . .	363
4. Abschließende Stellungnahme: Möglichkeit einer partiellen Justiziabilität der GASP . . . . .	363
IV. Bilanz . . . . .	364
C. Rechts- und integrationspolitische Bewertung . . . . .	365
I. Integrationstheoretischer Ansatz: Der „Liberale Intergouvernementalismus“ nach Andrew Moravcsik . . . . .	366
II. Die Union zwischen „à la carte“ und „à plusieurs vitesses“ . . . . .	369
III. Die Bedeutung der GASP für die europäische Finalitätsfrage . . . . .	373
D. Resümee . . . . .	375
 Schlussbemerkung und Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen . . . . .	 378
 Summary . . . . .	 384
 Literaturverzeichnis . . . . .	 391
Register . . . . .	427